

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Juni 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	3, 37
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Mehl, Ulrike (SPD)	22, 23
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Neumann, Gerhard (Gotha) (SPD)	16, 17
Duve, Freimut (SPD)	33, 34	Özdemir, Cem (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Erler, Gernot (SPD)	40, 41	Dr. Olderog, Rolf (CDU/CSU)	9, 10
Hagemann, Klaus (SPD)	5, 6	Dr. Pick, Eckhart (SPD)	4
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	11	Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 26
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	20	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia (SPD)	27, 28
Knoche, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Sorge, Wieland (SPD)	18, 19
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	14, 15	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Dr. Küster, Uwe (SPD)	12, 13	Vergin, Siegfried (SPD)	35, 36

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft der Bericht des Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunks vom 14. Juni 1996 zu, wonach das Bundeskriminalamt den Sprengstoffanschlag der terroristischen Vereinigung „AIZ“ auf das peruanische Generalkonsulat in Düsseldorf am 23. Dezember 1995 ebenso wie die anschließende Fahrt der Täter nach Göttingen mit Hilfe technischen Geräts lückenlos aufgezeichnet haben soll, und falls dies im Grundsatz zutrifft, wie ist dieses Zuwarten angesichts eines Anschlags, durch den Menschenleben gefährdet sowie hoher Sachschaden angerichtet wurde, mit dem das Bundeskriminalamt verpflichtenden Legalitätsprinzip und dessen Auftrag zur Gefahrenabwehr vereinbar?

2. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft der Bericht des Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunks vom 14. Juni 1996 außerdem zu, wonach es bei der langjährigen Observation der „AIZ“ durch einen von der Polizei zum Verfassungsschutz abgestellten Observationstrupp mehrfach zu Pannen gekommen sei und daß ein nicht den beiden festgenommenen Tatverdächtigen F. und St. zuzuordnender Fingerabdruck auf einen weiteren, polizeilich nicht gestellten Mittäter deuten könnte, und geht die Bundesregierung davon aus, daß heute noch Tatverdächtige der „AIZ“, die nicht mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten, auf freiem Fuß sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Wer waren die Vertragspartner der Bundesrepublik Deutschland bei der Veräußerung der Auslandsvertretungen der ehemaligen DDR, und welche Gutachten lagen dem Verkauf zugrunde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

4. Abgeordneter
**Dr. Eckhart
Pick**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Erhebungen des Bundesverbandes mittelständischer Reiseunternehmen von Reiseveranstaltern derart extrem hohe Stornogebühren verlangt werden, daß sich mittlerweile ein großer Teil der Einnahmen bzw. Gewinne aus solchen bis zu 80% des Reisepreises betragenden „Gebühren“ zusammensetzt, und wie gedenkt die Bundesregierung dieser Situation zu begegnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

5. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)

Wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß bei der geplanten deutlichen Reduzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und dem Auslaufen der Möglichkeiten nach § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) die offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit in den neuen Ländern nicht völlig zusammenbrechen, die zur Zeit von den Personalkostenzuschüssen der Arbeitsämter sehr stark abhängig sind?

6. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)

In welcher Höhe sollen nach den Planungen der Bundesregierung die Ansätze für den Kinder- und Jugendplan im Bundeshaushalt 1997 gekürzt werden, nachdem generelle Einsparungen in allen Ansätzen vorgesehen sind, und wie lassen sich Leistungskürzungen im Bereich der Jugendhilfe mit mittel- und langfristigen Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft vereinbaren vor dem Hintergrund, daß „den Einsparungen (müssen) immer die möglichen Mehraufwendungen – etwa im Bereich der Sozialhilfe, der Drogenhilfe oder des Jugendstrafvollzugs – gegenübergestellt werden“ (Bundespräsident Dr. Roman Herzog beim Jugendhilfetag in Leipzig) müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

7. Abgeordnete
Monika Knoche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war der Anteil der Zuzahlungen in den Bereichen Arznei- und Verbandsmittel, Fahrtkosten, Heilmittel, Krankenhausbehandlung, stationäre Vorsorge und Rehabilitationsmaßnahmen sowie Zahnersatz im internationalen Vergleich, und welchen Anteil hatten diese Kosten im Verhältnis zum Versicherungsanteil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zueinander?
8. Abgeordnete
Monika Knoche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, die Beitragsausfälle in der gesetzlichen Krankenversicherung, die durch eine Absenkung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall entstehen, zu verhindern sowie die Mindereinnahmen der Krankenkassen auszugleichen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Menschen mit geringen Einkommen, die durch eine Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bzw. des Krankengeldes sozialhilfeberechtigt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

9. Abgeordneter
Dr. Rolf Olderog
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird nach Informationen der Bundesregierung in der Nordsee und in der Ostsee die „Gammelfischerei“ betrieben, und welche Maßnahmen sollten dagegen zukünftig ergriffen werden?
10. Abgeordneter
Dr. Rolf Olderog
(CDU/CSU)
- Wie kann die Bundesregierung für den Bereich der Ostsee sicherstellen, daß das bestehende Verbot der „Gammelfischerei“ nicht umgangen wird?
11. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(F.D.P.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Notwendigkeit einer generell durchzuführenden Analyse von Mischfuttermitteln für Rauhfuttermesser, um die Angabe der deklarierten eiweißhaltigen Inhaltsstoffe zu überprüfen, damit so eine bessere Bewertung des Übertragungsrisikos des BSE-Erregers ermöglicht wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

12. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Küster**
(SPD)
- Welche haushaltsmäßigen Auswirkungen wird die Umsetzung des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ (Drucksache 13/4610) nach Einschätzung der Bundesregierung haben, wenn – wie geplant – bis zum Jahr 2000 das Ausgabenvolumen für beschäftigungsfördernde Maßnahmen in den neuen Bundesländern schrittweise an das Westniveau „entsprechend der Arbeitsentwicklung“ angeglichen wird?
13. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Küster**
(SPD)
- Wird die Einschränkung – „entsprechend der Arbeitsentwicklung“ – bei dieser geplanten Festlegung nach Auffassung der Bundesregierung dazu führen, daß es nicht zu einem Rückgang beschäftigungsfördernder Maßnahmen in den neuen Bundesländern kommt, falls die Arbeitslosenzahlen 1997 in Ostdeutschland gleich hoch bleiben oder ansteigen?
14. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Welche haushaltsmäßigen Auswirkungen wird es bei einer Umsetzung des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ (Drucksache 13/4610) nach Einschätzung der Bundesregierung haben, daß die geplante Festlegung, bis zum Jahre 2000 das Ausgabenvolumen für beschäftigungsfördernde Maßnahmen in den neuen Bundesländern schrittweise an das Westniveau anzugleichen, „entsprechend der Arbeitslosenentwicklung“ erfolgen soll?
15. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Wird die Einschränkung „entsprechend der Arbeitslosenentwicklung“ bei dieser geplanten Festlegung nach Auffassung der Bundesregierung bei der Umsetzung des Programms dazu führen, daß es nicht zu einem Rückgang beschäftigungsfördernder Maßnahmen in den neuen Bundesländern kommt, wenn die Arbeitslosenzahlen 1997 im Osten Deutschlands gleich hoch bleiben oder ansteigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

16. Abgeordneter
Gerhard Neumann
(Gotha)
(SPD)
- Nach welchen Alternativen hat die Bundesregierung bei dem sich abzeichnenden Haushaltsdefizit gesucht, um die A 71/A 73 trotzdem durchgängig zu bauen und fristgerecht fertigzustellen (z. B. lieber einbahnig/zweispurig von Erfurt nach Schweinfurt bzw. Lichtenfels, dafür aber durchgängig zu bauen)?
17. Abgeordneter
Gerhard Neumann
(Gotha)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es weder aus ökonomischen noch aus ökologischen Gründen heraus Sinn macht, eine Autobahnstrecke wie die A 71/A 73 in Thüringen zu bauen, wenn diese Strecke kurz vor der bayerischen Staatsgrenze endet und der so vermehrte Verkehr sich über kleine Landstraßen und viele Ortschaften ins Nachbarland Bayern, wo viele Pendler arbeiten, zwingt und damit einen Verkehrskollaps zwangsläufig auslösen muß, und welche Maßnahmen wird sie hier ergreifen?
18. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 16 (A 71/A 73) durch Streckung der Finanzmittel zunächst nur abschnittsweise gebaut werden kann und an der ehemaligen innerdeutschen Grenze endet, so daß eine Durchgängigkeit des Verkehrs zwischen den alten und den neuen Bundesländern nicht mehr – wie ursprünglich geplant – gewährleistet bzw. deren Finanzierung bis weit über die Jahrtausendwende verschoben ist und damit auch der wirtschaftliche Aufschwung Ost?
19. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang der Auffassung zu, daß ohne eine durchgängige Verkehrsstrasse, die die alten und neuen Bundesländer verbindet, zum einen die Gefahr der weiteren Abwanderung von Arbeitnehmern aus den neuen in die alten Bundesländer besteht und zum anderen sich Unternehmen in den neuen Ländern gar nicht erst ansiedeln, weil keine Verkehrsachse in die Wirtschaftszentren besteht, was bedeutet, daß der wirtschaftliche Aufschwung Ost nicht vorankommen kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

20. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um auszuschließen, daß Deponietreiber und Betreiber nicht ausgelasteter Müllverbrennungsanlagen mit Dumpingpreisen um Müll werben, so daß beispielsweise Abfall aus Baden-Württemberg und Hessen in Hamburg verheizt wird?
21. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat der im Genehmigungsverfahrenbeschleunigungsgesetz (Gen-BeschlG) vorgesehene Artikel 4 zur Änderung des Atomgesetzes auf den Betrieb des Endlagers Morsleben bis zum 30. Juni 2000?
22. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bisher keine Zustimmung zur Veröffentlichung der Abschlußberichte aus Teil A der schleswig-holsteinischen Ökosystemforschung Wattenmeer gegeben, obwohl damit die in den Förderrichtlinien des Bundes geforderte zeitliche Nähe zwischen Abschluß der Teilprojekte und Veröffentlichung verhindert wird, und wann ist mit der Veröffentlichung zu rechnen?
23. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Aus welchen Gründen ist von der Bundesregierung bis heute nicht über den 1994 gestellten Antrag der Küstenländer Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein auf Förderung der Bund-Länder-Datenhaltung im Rahmen des gemeinsam vereinbarten trilateralen Monitoringprogramms entschieden worden, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

24. Abgeordnete
**Annelie
Buntenbach**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet der Bundeskanzler seine Aussage am 16. Juni 1996 anlässlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises in München, Kurt Ziesel verdiene für sein „Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung unserer Bundesrepublik Deutschland (. . .) Anerkennung und großen Respekt“, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Kurt Ziesels, seiner Tätigkeit als Autor des „Völkischen Beobachters“ in Wien, der „Westfälischen Landeszeitung Rote Erde“ oder der Zeitung der Hitlerjugend „Wille zur Macht“ (vgl. Dieter Bamberg, Die Deutschlandstiftung, Meisenheim/Glan 1978)?
25. Abgeordnete
**Annelie
Buntenbach**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet der Bundeskanzler seine Rede am 16. Juni 1996 anlässlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises durch die Deutschlandstiftung in München ferner vor dem Hintergrund der Aussagen deren geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Kurt Ziesel in den „Eckartschriften“ vom 11. Juni 1963, die von Dieter Bamberg folgendermaßen zusammengefaßt wurden: „Die ‚neudeutsche Demokratie‘ pflege Positives wie ‚werterhaltende Kunst‘ nicht. Als ‚Pseudodemokratie‘ Sorge sie ‚im Rahmen der sogenannten Pressefreiheit‘ vor allem durch die Duldung von ‚Meinungsmacher(n)‘, die ‚in einem freundlichen Ballspiel mit der deutschefeindlichen Presse im Westen und Osten politisch, moralisch und geistig den Sieg des Weltbolschewismus‘ vorbereiten, für ‚Entartung‘, ‚Selbstzerstörung und Selbstbeschimpfung‘ “ (Dieter Bamberg, Die Deutschlandstiftung, Meisenheim/Glan 1978)?
26. Abgeordnete
**Ursula
Schönberger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat der Bundeskanzler bei seiner Aussage am 16. Juni 1996 anlässlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises in München, Kurt Ziesel verdiene für sein „Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung unserer Bundesrepublik Deutschland (. . .) Anerkennung und großen Respekt“, berücksichtigt, daß u. a. von Kurt Ziesel und dem stellvertretenden Reichspressechef der NSDAP, Helmut Sündermann, die Gründung der rechtsextremen „Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.“ (GfP) initiiert wurde (vgl. Kurt Hirsch, Rechts von der Union, München 1989), wenn nein, warum nicht, und wenn ja, wie begründet er vor diesem Hintergrund seine Aussage?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

27. Abgeordnete
**Dr. Cornelia
Sonntag-Wolgast**
(SPD)
- Wie viele Visumanträge von ausländischen Staatsangehörigen zum Besuch bei Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland sind in den vergangenen drei Jahren abgelehnt worden?
28. Abgeordnete
**Dr. Cornelia
Sonntag-Wolgast**
(SPD)
- Unterliegt die Erteilung eines Besuchervisums für die Bundesrepublik Deutschland für junge asiatische Staatsangehörige besonderen Anforderungen, falls ja, unter welchen Voraussetzungen können sie ein Besuchervisum für die Bundesrepublik Deutschland erhalten?
29. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung ein Papier von Beamten des Auswärtigen Amtes, das vorschlägt, bei „passender Gelegenheit“ – jenseits des 50. Jahrestages des Kriegsendes – die gegenwärtige Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS in Frage zu stellen, und zu einer öffentlichen Diskussion geführt hat (DER SPIEGEL 22/1996, AZ 11. Juni 1996), und über welchen Verteiler wurde es verbreitet?
30. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieses Papiers des Auswärtigen Amtes auf die Behauptung, die gegenwärtige Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS führe zu einer Belastung der deutschen Rentenversicherungsträger?
31. Abgeordneter
**Cem
Özdemir**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den Autor des Papiers des Auswärtigen Amtes zur Revision der Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS (DER SPIEGEL 22/1996, AZ 11. Juni 1996) für weitertragbar, der in seinem Papier gegen die Einwanderung von Juden nach Deutschland argumentiert?
32. Abgeordneter
**Cem
Özdemir**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welcher „passenden Gelegenheit“ (DER SPIEGEL 22/1996, AZ 11. Juni 1996) wird die Bundesregierung die Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS abschaffen oder beschränken?

33. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Vorgänge um das Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) für das Ansehen unserer auswärtigen Kulturpolitik im Ausland, und welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um der Gefahr eines Vertrauensverlustes, die durch die Vorgänge um das IfA hervorgerufen wurde, zu begegnen?
34. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung in der Antwort auf meine Frage 67 in Drucksache 13/4908, wen die Bundesregierung als Mitglied von Vorstand und Verwaltungsrat des IfA entsandt hat, nur Ministerialdirigent Klaus Bald, Auswärtiges Amt, als Mitglied im Vorstand des IfA genannt, und trifft die Vermutung zu, daß auch Staatsminister Anton Pfeifer Mitglied in einem der Gremien des IfA ist?
35. Abgeordneter
Siegfried Vergin
(SPD)
- Warum wurde die Firma WIBERA mit der Sonderprüfung des Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA) beauftragt, obwohl die Firma selbst ihre Handlungsmöglichkeiten und Fachkompetenz von vornherein als eingeschränkt ansah, und wie sah der Auftrag im einzelnen aus?
36. Abgeordneter
Siegfried Vergin
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Firma WIBERA bei der Sonderprüfung des IfA nicht allen Fragen nachgehen konnte, weil sowohl Unterlagen „nicht oder z. T. nur bruchstückhaft vorhanden“ waren als auch die notwendige Unterstützung von seiten der Institutsleitung unterblieb, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?
37. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche Kriterien hat die Bundesregierung der Wahl einer Kommission des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart im Vorstand und Verwaltungsrat zugrunde gelegt?
38. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung darauf reagieren, daß am Sonntag, dem 16. Juni 1996, der Exbürgermeister von Caplina, Pero Markovic – verantwortlich für die Konzentrationslager von Tretelje und Gabila – sich zum Premierminister von „Herzeg-Bosna“ hat ausrufen lassen, das es gemäß dem Dayton-Vertrag gar nicht mehr gibt?

- | | |
|---|---|
| <p>39. Abgeordnete
Marieliuse
Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)</p> | <p>Wie reagiert die Bundesregierung auf diesen Vorgang in bezug auf die Chance zur Durchführung von demokratischen Prinzipien entsprechend den Wahlen in Mostar, nachdem diese „Wahl“ zu einer massiven unterschwelligen Einschüchterung der Menschen in Mostar geführt hat?</p> |
| <p>40. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD)</p> | <p>Welche numerischen Zielvorstellungen für die Obergrenzen bei den fünf Kategorien schwerer konventioneller Waffen, die Gegenstand der Verhandlungen über regionale Stabilität und Rüstungskontrolle in bezug auf Bosnien-Herzegowina, die Republik Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien, die Föderation Bosnien-Herzegowina und die Republik Srpska waren, haben die Staaten der Kontaktgruppe im Laufe der Verhandlungen unterbreitet, und wo unterscheiden sich die Ergebnisse der jetzt erzielten Vereinbarung von den ursprünglichen numerischen Zielvorstellungen der Kontaktgruppenstaaten?</p> |
| <p>41. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD)</p> | <p>Wie unterscheiden sich in numerischer Hinsicht die im Dayton-Vertrag vereinbarten Obergrenzen für die fünf Kategorien schwerer konventioneller Waffen von den Ergebnissen des am 14. Juni 1996 ausgehandelten Rüstungskontrollvertrages?</p> |

Bonn, den 21. Juni 1996